

A6 Soziale Hochschulpolitik statt Personenkult und Linientreue

Gremium: CampusGrün FU Berlin
Beschlussdatum: 15.11.2024
Tagesordnungspunkt: 12. Anträge

Antragstext

1 Der Rechtsruck der Gesellschaft und die damit einhergehende Diskursverschiebung
2 reicht inzwischen auch weit in die grüne Partei herein. Der Fokus auf
3 Regierungsbeteiligung und der Kurs der Mitte lassen viele linke Menschen
4 frustriert zurück, zuletzt gesehen durch die massenhaften Austritte aus der
5 Grünen Jugend.
6 Zu diesem Wandel in der uns nahestehenden Partei muss sich auch CG verhalten.
7 Campusgrün ist laut Satzung ein eigenständiger, grüner Hochschulverband. Sein
8 Ziel ist die "Vertretung studienbezogener, wirtschaftlicher, sozialer,
9 kultureller und politischer Belange der Studierenden". Wir verstehen uns als
10 hochschulpolitischer Zusammenschluss und somit als die Interessensvertretung von
11 Studierenden. In Zeiten neoliberaler Sparpolitik und einer Orientierung an der
12 sogenannten politischen Mitte bedeutet das mitunter auch, dass wir diese
13 Interessen gegen die Partei Bündnis 90/Die Grünen erkämpfen müssen.

14 In Zeiten des politischen Stillstands müssen wir uns weiterhin für die
15 studentischen Interessen einsetzen. Wir wollen die politisierte Stimmung rund um
16 die Bundestagswahl nutzen, um unsere linken studentischen Themen wieder auf die
17 politische Agenda zu setzen. Dabei wollen wir als Bundesvorstand und Verband das
18 Programm und den Wahlkampf der Partei Bündnis 90/Die Grünen kritisch beobachten,
19 begleiten und Druck in Verhandlungen aufbauen. Es bleibt die tiefgreifende
20 Aufgabe des Bundesvorstands und der Mitgliedsgruppen, studentische Interessen an
21 die ihm nahestehende Partei Bündnis 90/Die Grünen heranzutragen und sich
22 nachdrücklich für diese einzusetzen.

23 Weiterhin unterstützt der Verband nicht einzelne Kandidat*innen der
24 Mutterpartei, sondern setzt sich vielmehr für die gesamte Breite grüner Konzepte
25 und gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck ein. Dazu Verweisen wir auf unsere
26 Beschlüsse sowie die im Grundsatzprogramm manifestierten Werte.

27 Campusgrün versteht sich als Interessensvertretung für Studierende gegenüber
28 Parteien und Organisationen des links-grünen Spektrums. Dabei setzen wir uns
29 (auch gegen Widerstände) für studentische Belange ein und kritisieren dabei,
30 wenn nötig, auch Gesetespakete, die von grünen Verantwortungsträger*innen
31 mitgetragen wurden. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die sogenannte „BAföG-
32 Reform“, deren finanzielle Bestimmungen nicht einmal die Grundbedürfnisse vieler
33 Studierender decken. Für die Verbesserung der sozialen Lage vieler Mitglieder
34 unserer Statusgruppe tragen wir Verantwortung, weshalb wir für dieses Anliegen
35 weiter lobbyieren und grüne Regierungsmitglieder in die Pflicht nehmen werden.

36 Konkret beschließt die Mitgliederversammlung:

37 1. Campusgrün versteht sich nicht als Wahlkampfvehikel für Bündnis 90/Die Grünen
38 und bleibt in Organisation und politischen Handlungen unabhängig. Der Verband
39 als solcher beteiligt sich nicht an der Kampagne für die Bundestagswahl und
40 fokussiert seine Bemühungen ausschließlich auf hochschulpolitische Belange.

41 2. Campusgrün setzt sich für basisdemokratische Entscheidungen auf sämtlichen
42 Beschlussebenen ein. Dabei erliegen wir keinem Personenkult und konzentrieren
43 uns auf konkrete Sachpolitik für die Gruppe der Studierenden.

44 3. Campusgrün priorisiert die Belange der Studierenden. Dabei bleibt die
45 Verringerung der finanziellen sowie sozialen Not eine unserer weitreichendsten
46 Aufgaben. Beschlüssen auch grüner Verantwortungsträger*innen, die sich im Kampf
47 gegen soziales Elend als nur unzureichend erweisen, stehen wir weiterhin
48 kritisch gegenüber. Wir bleiben weiter fest an der Seite von benachteiligten
49 Menschen.